

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postcheck-Konto Köln Nr. 12742 ∴ Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Beizeile oder deren Raum 20 Pfg.
im Restament 75 Pfennig.
Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanz-Anzeigen 25 Pfennig.

Freitag, 31 Januar 1919

2. Zangang.

Beigelegter Streit.

Berlin, 30. Januar. Der Ausstand der zweitausend technischen Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn ist durch Schiedsspruch des Berliner Einigungsamtes beendet worden. Die Arbeit soll ab 30. Januar wieder aufgenommen werden. Die Ausständigen erhalten bei der nächsten Lohnzahlung eine Zulage in Höhe von insgesamt dreihunderttausend Mark, die schon allen Kriegsteilnehmern bewilligt worden war. Die Direktion nahm diesen Schiedsspruch an.

Ein Arbeitszwangsgesetz.

Berlin, 29. Januar. Wie aus sicherer Quelle gemeldet wird, steht ein Gesetz, welches die Einführung des Arbeitszwanges vorsieht, unmittelbar vor dem Abschluß.

Spartakus rührt sich wieder.

Berlin, 30. Januar. Einem Berliner Mittagsblatt wird geschrieben: Der Reichsregierung und den Sicherheitsbehörden sind Mitteilungen zugegangen, wonach in Berlin erneute Unruhen und spartakistische Gewaltaakte geplant sind. Es liegen Beweise dafür vor, daß an vielen Stellen der Reichshauptstadt die Organisation der Aufständischen wiederum in vollem Gange ist. Es werden seitens der Spartakusgruppe wiederum mit verdoppelter Kraft Mitglieder als auch weaffenfähige Anhänger angeworben. Die Regierung will bei den geringsten Anzeichen von Unruheftiftung mit Schärfe eingreifen.

Bedingungslose Uebergabe der Spartalisten in Wilhelmshaven.

Oldenburg, 30. Januar. Der Telegraphen-Union wird berichtet: In Wilhelmshaven sind die Spartakisten endgültig unterlegen. Sie hatten sich in der Tauen'sen Mann-Kaserne verschanzt, die mit sechs-Zentimeter-Bootskanonen beschoßbar wurde. Die Spartakisten wurden zur bedingungslosen Uebergabe gezwungen. Das Geld, das sie von der Reichsbank erpreßt hatten und das insgesamt 1 000 000 Mark beträgt, mußten sie wieder herausgeben. Bei den Straßenkämpfen hat es Tote und etwa 30 Verwundete gegeben. Der Streik der Eisenbahner wegen Lohnforderungen dauert an, aber der Bahnverkehr mit Wilhelmshaven ist wieder aufgenommen worden.

Die Pariser Konferenz. Frankreichs Sicherungen.

Bern, 30. Januar. General Maurice schreibt in der Daily News, daß Frankreichs Lage als Nachbar Deutschlands zweifellos besondere Berücksichtigung erheische. Frankreich verlange ähnliche Sicherheit durch seine Landgrenze, wie sie England durch seine Flotte und Amerika durch seine entfernte Lage besäße. Aber man müsse prüfen, ob es nicht wirksamere Sicherungen gebe, als eine bessere Grenze und die Entwaffnung Deutschlands. Wenn Deutschland wirklich abrüstete, so gebe es damit einen großen Teil der Sicherungen, die Frankreich begehre. Deutschland habe seine Armee bereits auf 500 000 Mann verringert und dadurch dem Verband ermöglicht, die Wehrungsarmee zu verkleinern. Wenn die deutsche Nationalversammlung die Demobilisation fortsetze, die Wehrpflicht abschaffe und sich gegen den Wettstreit der Rüstungen erkläre, so dürfe Deutschland mildere Bedingungen und baldige Zulassung zum Völkerverbund erwarten.

Die Demobilisationsfrage.

Bern, 30. Januar. Die französische Kammer erörterte die Interpellation über schnelle Demobilisation. In der Debatte wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Kammer die Regierung auffordert, die notwendigen Urlaube, die für das wirtschaftliche, kommerzielle und industrielle Leben nötig seien, zu gewähren. Am Schluss der Sitzung brachte Renald einen Resolutionsantrag ein, in Frankreich möge der Achtstundentag und die englische Arbeitswoche eingeführt werden.

Die Friedenskonferenz.

Berlin, 30. Januar. Pichon teilte Lyoner Blättern zufolge im Kammerausschuß mit, daß die allgemeine Friedenskonferenz aller Kriegführenden am 10. Mai, dem Jahrestag des Frankfurter Friedens, in Versailles beginnen soll.

Die Obergrenzen in G-führ.

Berlin, 30. Januar. Die Lage in der Ostmark hat sich, wie dem Berliner Tageblatt von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, in den letzten Tagen verschlimmert. Die Gefahr eines feindlichen Einfalls ist in drohende Nähe gerückt. Vor den Grenzen Ostpreußens stehen starke bol-

schwischen Heere. In Westpreußen droht ein Einfall der Polen. Der bis jetzt noch deutsch gebliebene Teil der Provinz Posen ist erneuter polnischer Bedrohung ausgesetzt und dadurch auch die Mark Brandenburg in Mitleidenschaft gezogen. Die russischen Armeekorps stehen in der Linie Wlbas—Dubissa—Rowno. Die Festung Rowno ist noch in unserer Hand. Die russischen Truppen stehen aber unmittelbar vor der Festung. Die Bolschewiken verfügen in dem Abschnitt Wlbas—Dubissa—Rowno über zahlreiche Divisionen, die durch eine eiserne Zucht zusammengehalten und vorwärtsgeführt werden. Die Soldatenräte spielen im bolschewischen Heere nicht die Rolle, die ihnen im Anfang der russischen Revolution zufiel. Die Kommandogewalt liegt vielmehr in den Händen der Truppenführer.

Deutsches Reich.

Maßnahmen zur Hebung der ermatteten Volkskraft

Berlin; 30. Jan. Zur Wiederherstellung der ermatteten Volkskraft sind, wie verlautet, an zuständiger Stelle gesetzliche Maßnahmen in Vorbereitung. In erster Linie handelt es sich um ein Alkoholgezetz, das vorwiegend für die Zukunft dem Alkoholmißbrauch begegnen will. Angesichts der schwierigen Volksernährung und der damit verbundenen Gefahren, liegt die Bedeutung eines derartigen Gesetzes auf der Hand. Ältere Gesetzentwürfe dürften dabei als Unterlage dienen, wie das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Geburtenrückganges.

Das Notwendigste.

Herr Abg. Oberlandesgerichtsrat Dr. jur. h. c.
Zehnter in Karlsruhe schreibt der „R. B. zur Deut-
schen Nationalversammlung:

„Nächst dem Frieden ist der Wiederaufbau unserer Wirtschaft das Notwendigste. Streife stören ihn, übermäßige Lohnsteigerungen machen ihn unmöglich. Denn bei so hohen Löhnen können wir als Verkäufer im Ausland nicht konkurrieren, also auch keine Forderungen ans Ausland uns verschaffen. Solche brauchen wir aber, um Lebensmittel und Rohstoffe im Ausland kaufen und durch Wetttschlagung bezahlen zu können; denn Gold zum Zahlen haben wir nicht, und unser Papiergeld hat im Ausland nur eine sehr geringe Kaufkraft.“

Das Saarbeden will deutsch bleiben.

Saarbrücken, 30. Januar. Bei den Wahlversammlungen zu der Nationalversammlung kam im Saargebiet zum ersten Male ganz offenkundig die Stimmung der Einwohnerschaft zu den französischen Bestrebungen, das Saarbecken Frankreich anzugliedern oder es mit Vorbringen als ein Gebiet zu behandeln, zum Ausdruck. Namentlich geschah das in einer Zeit unversäumlung, in der Dr. Karl Schlich sprach, der mit starker Betonung erklärte: „Franzosen wollen wir unter keinen Umständen werden. Wir sind Deutsche und wollen deutsch bleiben.“ Diesen Worten folgte stümischer, langanhaltender Beifall, der von französischen Offizieren in üblicher Weise überwachten Versammlung. Dr. Schlich hat noch die anwesenden Vertreter der Saarbrüder Presse, von dieser spontanen Zustimmungslage gebührend Kenntnis zu nehmen.

Topik und Umgebung.

B. Brühl, 31. Januar. Zu einer kurzen, aber bedeutungsvollen Sitzung hatten sich gestern nachmittags 5 Uhr die Mitglieder unseres Stadtverordneten-Kollegiums im Sitzungssaal des Bürgermeistersamts versammelt. Es waren erschienen die Herren Claußen, Dr. Fleden, H. Fleden, Frohn, Geuer, Grühl, Hasche, Heilmann, Jünger, Dr. Kerkenboom, Kirsch, La Vièriere, Röttgen, Weber und Wehl. Die bedeutsame Tagung hatte einen dreifachen Zweck. Zunächst galt sie der Einführung des Herrn Bürgermeisters Dohr von Brühl-Land, dem bekanntlich durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten die Verwaltungsgeschäfte in Personation für den wegen Erkrankung bis zum 31. März beurlaubten Herrn Bürgermeisters Lüd für Brühl-Stadt übertragen worden. Herr Beigeordneter Frohn theilte kurz die amtliche Verfügung mit und widmete dem Herrn Bürgermeister Dohr warme Worte der Begrüßung. Er sei kein Fremdling. Rund acht Jahre habe Herr Bürgermeister Dohr die benachbarte Landbürgermeisterei verwaltet. Reichlich Erfahrungen auf dem Gebiete des Gemeinw. f. n. s. hat er in der Lebensmittelversorgung ständen ihm zu St. e. Auch den Beamten gegenüber sei er nicht fremd und so haben er sofort seine Hand angelegt und seine Kraft für das Wohl der Stadt Brühl eingesetzt. Herr Beigeordneter Frohn schloß seine kurzen Worte mit dem Wunsche, daß die Tätigkeit des Herrn Bürgermeisters Dohr un. e. r. Stad. um Segen gereichen möchte. Herr Bürgermeister Dohr

danke für das ihm entgegengebrachte große Vertrauen. So weit es in seiner Kraft liege, wolle er darnach streben, nach Möglichkeit allen Anforderungen gerecht zu werden. Des Vorhabens könne aber nur dann gelingen, wenn das Collegium, sowie die Beamten und nicht zuletzt auch die Presse ihm hilfreich zur Seite ständen. Dann würden auch hauptsächlich alle Reibungen der beiden Gemeinden verschwinden und man würde sich gegenseitig besser kennen und verstehen lernen. Wenn so zusammen gearbeitet würde, könnte man auch über die Schwierigkeiten hinwegkommen und die Stadt Brühl einer glücklichen Zukunft entgegen sehen. Die aus überzeugtem Herzen kommenden Worte fanden bei der Versammlung lebhaften Widerhall. Die anwesenden Stadtväter gaben durch einmüthigen Beifall ihren Sympathie Ausdruck. Was die Presse anbelangt, so dankte Herr Bürgermeister Dohr sich verpflichtet zu halten, daß auch wir unsere Mitarbeit freudig weiterzuführen und zu unterstützen in den Dienst der Allgemeinheit stellen werden. Nur möchten wir bei dieser Gelegenheit auch einmal ein mitleidiges Wort ausbrufen, das leider die Presse nicht immer von den verschiedenen körperlichen die geübende Berücksichtigung fand. Wir hoffen aber gerne, daß die neue Zeit hier Wandel schaffen wird und besser das halb um so freudiger unsere Aufzucht zum gemeinsamen Aufstellen und wirtschaftlichen Aufbau unseres künftigen Gemeinwesens. — Der zweite Punkt der Sitzung betraf die Stellungnahme gegen die von der vorläufigen preussischen Regierung erlassenen „Verordnung mit Gesetzeskraft“ bezüglich des Gemeindevorstands. Die Versammlung nahm nach kurzen Erörterungen des Herrn Bürgermeisters Dohr folgende Entschlußfassung einstimmig an:

„Zeitungsberichten zufolge hat die vorläufige preussische Regierung eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen, welche eine Aenderung des bestehenden Gemeindewahlrechts vorschreibt.

Das Vergehen der vorläufigen zeitigen preussischen Regierung ist ein Versuch, bei dieser grundlegenden Frage der Neuordnung die Parlamente auszu-schalten.

Da über eine nothwendig ersiehende Aenderung des Gemeinbewahrsrechts nur die P. eußig: Can. esse. samlung zu bestimmen haben dürfte, legt die Stadt v. ordneten-Verammlung der Stadt Brühl Verw. hu g ein gegen das Vorgehen der vorläufigen zeitigen pr. ußischen Regierung."

Der 3. Punkt der Sitzung betr. „Wahl eines Beigeordneten“ wurde auf Vorschlag der Verwaltung in die geheime Sitzung verwiesen. Der Beigeordnete soll ein Mann, welcher lange Jahre in uneigennütziger Weise das Amt eines 1. Beigeordneten mit großer Umsicht und Tatkraft zum Wohle der Stadt Brühl versah, hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niederlegen müssen. Seine reichsweisen auf den verschiedensten kommunalpolitischen Gebieten hat er stets gerne in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und dadurch unserm Gemeinwesen unschätzbare Dienste geleistet. Der Dank der Brühler Bürgererschaft ist ihm dafür sicher und der Name Röllgen wird in der Geschichte unserer Stadt stets fortleben. Zum 1. Beigeordneten wurde Herr Frohn bestimmt und Herr Bergalejo: Grühl zum 2. Beigeordneten neugewählt. Damit h. t. e. Sitzung ihr Ende erreicht.

≡ Brühl, 31. Januar. Am heutigen Nachmittag und Samstagvormittag werden in den Leasing- und Schlachtereien auf Abschnitt 35 der Eierkaserie für den Kopf der Empfängerangerechnungen je zwei Eier das Stück zu 44 Pfg. ausgegeben. Eier für Kranke sind gegen Aufpreis zum gleichen Preise von 44 Pfg. das Stück bei Rampen erhältlich. Speisejeet wird fortan nicht mehr Samstags, sondern Dienstags in den Buttergeschäften zum Verkauf gelangen, es wird bis auf weiteres eine für drei Wochen bestimmte Menge ausgegeben.

† Brühl, 31. Januar. Jungfrauenkongregation. Morgen früh um acht Uhr sind in der Pfarrkirche die feierlichen Exequien, und um neun Uhr findet am Marienhospital die Beerdigung des W. G. L. des Engländerinnen statt, wozu die Mitglieder der Kongregation mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung herzlich freundlich eingeladen werden.

D Verzdorf, 31. Januar. Brigidafest. Wie alljährlich wird auch am morgigen Samstag, den 1. Februar das Fest der hl. Brigida in hiesiger Pfarke feierlichst begangen. Um 6.30 und 8 Uhr sind hl. Messen, um 9.30 Uhr feierliches Hochamt mit Festpredigt. Nachmittags 2.30 Uhr feierliche Komplet. Freitag Nachmittag von vier Uhr an sowie am Samstag morgen ist Beichte Gelegenheit bei einem Ordenspriester.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Becher, Brühl.
Druck und Verlag: Peter Becher, Brühl.

